
FDP Neu-Isenburg

„DEM MANN MÜSSTE DOCH GEHOLFEN WERDEN“,

04.03.2010

meint Susann Guber im Zusammenhang mit der „Bewohnerparken-Affäre Wilhelmstraße“.

Die FDP habe sich im Vorfeld der ganzen Thematik "Anwohnerparken" auf Bitten der Betroffenen informiert und auch zu helfen versucht, allerdings schon damals vergeblich.

Bereits zum Zeitpunkt der vorgesehenen Gebührenerhebung in den Parkhäusern des IZ seien Edith Reitz und Gerhard H. Gräber bei der Center-Managerin Wicht vorstellig gewesen, um auf die erkennbaren Probleme als Folge dieser Gebühren im Quartierumfeld hinzuweisen und man habe um Abmilderung gebeten, ja sogar Vorschläge gemacht.

Es gab keinerlei Entgegenkommen, es seien angeblich die Hände gebunden.

Die Frage bleibe, ob die Stadt hier ausreichend Druck gemacht hat, die FDP ist da eher skeptisch.

Dass das Anwohnerparken und das LKW-Durchfahrverbot für die dort ansässigen Geschäftsleute zu erheblichen Problemen führt, ist unstrittig.

Und das musste auch für die Stadt vorhersehbar gewesen sein.

Die in der Presse zitierte Aussage von Herrn Ersten Stadtrat Hunkel: "Wer Garagen hat, bekommt keinen Ausweis" stimmt zumindest so nicht, da gibt es Gegenbeispiele.

Es ist schade, dass ein Bürger und Gewerbetreibender unserer Stadt vor Gericht ziehen muss, um Hilfe zu erbitten.

Bürgernähe, wie in vielen anderen Fällen auch praktiziert, wäre besser gewesen.

Man fragt sich schon, warum das hier nicht ging.

"Auch wenn meine Parteifreunde und ich selbst in ausgewählten Bezirken nach wie vor ein Anwohnerparken befürworten, ist es jetzt an der Zeit, die Isenburger Bewohnerparkzonen grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen", meint Guber.

Die vielen von den Bewohnern nicht genutzten aber für sie reservierten Stellplätze in der Richard-Wagner-Straße seien ein weiteres Argument dafür.

Hier warte die FDP auch bis heute auf eine Antwort unseres Ersten Stadtrates, der einst im Rahmen einer Ausschusssitzung eine Prüfung der Parksituation in der Richard-Wagner-Straße zugesagt hatte.